Datenleak bringt Regierung in Bedrängnis

25. Juli 2017

Zeit online

Sensible Daten des schwedischen Militärs und der Führerscheinbehörde sind ins Ausland gelangt. Ministerpräsident Löfven nennt den Vorfall ein Desaster.

Daten des schwedischen Militärs und der Führerscheinbehörde sind in den Besitz unautorisierter Personen gelangt. Mitgliedern der Regierung war das Datenleck laut Medienberichten schon seit dem Jahr 2016 bekannt gewesen, sie machten es jedoch erst jetzt öffentlich. Ministerpräsident Stefan Löfven (Sozialdemokraten) nannte die Vorgänge schwedischen Medien gegenüber ein "Desaster" und kündigte eine Untersuchung an.

Ein Mitarbeiter habe ihn im Januar über das Datenleck informiert, sagte Löfven. Verteidigungsminister Peter Hultqvist und Innenminister Anders Ygeman haben laut schwedischen Medien schon seit 2016 von dem Leak gewusst. Die Behörden seien nachlässig mit den Daten schwedischer Bürger umgegangen, sagte ein Vertreter des Verteidigungsministeriums der Zeitung Dagens Nyheter. Das sei so, als würden "die Schlüssel zum Königreich fortgegeben", sagte der Sprecher.

Das Datenleck bringt die von den Sozialdemokraten angeführte Minderheitsregierung in Bedrängnis. Oppositionsparteien drohten mit einem Misstrauensantrag im Parlament. "Wenn ein gewöhnlicher Sterblicher diese Daten durch eine solche Art von Nachlässigkeit geleakt hätte, wäre die Strafe ein Leben im Gefängnis", schrieb der Gründer der schwedischen Piratenpartei Rick Falkvinge in einem Blogpost.

Outsourcing der IT-Verwaltung führte zum Datenleck

Das schwedische Militär teilte mit, dass Informationen über sein Personal, seine Fahrzeuge sowie seine Verteidigungs- und Kontingentplanung von dem Datenleck betroffen sein könnten. Auch Details aus Zeugenschutzprogrammen seien laut der Verkehrsbehörde unter den Daten gewesen. Die Behörde erklärte aber, nichts deute darauf hin, dass die Daten missbräuchlich verwendet worden seien.

Die Verkehrsbehörde schrieb in einem Statement, sie wolle bis zum Herbst sicherstellen, dass nur noch autorisierte Personen Zugang zu den Daten haben. Alle betroffenen Dateien seien stets in Schweden gespeichert gewesen. Das Datenleck sei entstanden, als die Behörde ihre IT-Verwaltung an den Computerkonzern IBM ausgelagert habe. IBM beauftragte wiederum Subunternehmen in Tschechien und Rumänien. Dort hatten Techniker ohne Sicherheitsüberprüfung Zugang zu sensiblen schwedischen Daten.

Im Januar war die Generaldirektorin der Verkehrsbehörde zurückgetreten. Sie räumte seither laut Medienberichten ein, den Datenschutz missachtet zu haben und willigte in eine Geldbusse von umgerechnet 7.000 Euro ein.